



Vorstandsbericht zur Vorlage auf der Mitgliederversammlung des Verbandes Evangelischer Pfarrerinnen und Pfarrer in Deutschland e. V.

Leipzig, 29. September 2020

I Vorbemerkung

Verehrte Damen, sehr geehrte Herren, liebe Schwestern und Brüder!

Eigentlich fände heute der Deutsche Pfarrerinnen- und Pfarrertag statt. An meiner Stelle stünde ein namhafter Referent hier am Rednerpult. „Ende der Sicherheit“ wäre Thema des Vortrags. Spannend in Zeiten der Auflösung gesellschaftlicher und kirchlicher Strukturen, die unser Land über Jahrzehnte geprägt und zusammengehalten haben.

Soziale Marktwirtschaft, Demokratie im Sinne der Mütter und Väter des Grundgesetzes, Sicherheit durch die Einbindung in die Europäische Union und die NATO, eine in sich stabile, von einem starken Mittelstand geprägte Gesellschaft scheinen ausgedient zu haben. Aufgegeben zugunsten einer Flexibilisierung der Arbeitswelt und eines globalen Kapitalismus, der keine Rücksicht auf klimatische Veränderungen nimmt, gefährdet durch Demokratiemüdigkeit und mangelnde Bereitschaft zu geordnetem Konflikt und ehrlichem Kompromiss. Die Kirchen als lange integrierende und Werte prägende Institutionen haben ihre Bedeutung teils mutwillig verspielt, teils in einer pluralistischen Gesellschaft verloren. Diese und andere Beobachtungen wären Stoff genug für einen Vortrag zum Thema „Ende der Sicherheit“ und muntere Diskussionen dazu.

Corona hat alles verändert. Bereits im März zeichnete sich ab, dass eine große Veranstaltung wie der Deutsche Pfarrerinnen- und Pfarrertag guten Gewissens nicht durchgeführt werden könne. Der Vorstand hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. Da niemand wusste, wie sich die Pandemie entwickeln werde, war es schwer, die richtige Entscheidung zu finden. Stattdessen kam es darauf an, keine falsche Entscheidung zu treffen. Heute wissen wir, dass die Absage des Deutschen Pfarrerinnen- und Pfarrertages keine falsche Entscheidung war, auch wenn das Thema „Ende der Sicherheit“ durch die Pandemie eine weitere, völlig neue Dimension erhalten hätte.

Die Gründe, die zum Thema des Deutschen Pfarrerinnen- und Pfarrertages geführt haben, sind durch die Corona-Pandemie nicht überholt. Sie behalten ihre Bedeutung und Brisanz bei den Überlegungen zur Frage, wie es gelingt, die freiheitlich-demokratische Grundordnung, den Rechtsstaat und eine menschenfreundliche Gesellschaft zu bewahren und weiter zu entwickeln. Eine Gesellschaft also, in der die Benachteiligung von Minderheiten ebenso wenig Platz hat wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und soziale Ungerechtigkeit. An dieser Entwicklung mitzubauen wäre eine der Aufgaben der Kirchen in der Nachfolge Jesu,

vornehmlich durch die Verkündigung der Liebe und Menschenfreundlichkeit Gottes in Wort und Tat ohne Ansehen der Person oder besser: durch Ansehen der Person in ihrer einzigartigen Persönlichkeit und Gottesebenbildlichkeit.

Das Thema „Ende der Sicherheit“ und die Beantwortung der Frage, wie sich unsere Gesellschaft entwickelt und welche Bedeutung die Kirchen dabei haben, wird uns also begleiten. Insofern wird das Thema in zwei Jahren gleichermaßen relevant sein und wert, auf einem Deutschen Pfarrerinnen- und Pfarrertag bedacht zu werden. Sofern wir uns dann in Nach-Corona-Zeiten befinden, hätte die Analyse dessen, was die Pandemie mit Menschen und Institutionen gemacht hat, einen wichtigen Anteil am Thema. Wir werden sehen.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist eine Analyse verfrüht. Dennoch wird es gut sein, im Folgenden einen Blick darauf zu werfen, wie Pfarrerinnen und Pfarrer sich der ungewohnten und gleichsam über Nacht über sie und ihren Dienst hereingebrochenen Situation gestellt haben.

II Corona und Pfarrdienst

Eines vorneweg: Pfarrerinnen und Pfarrer haben die Situation überwiegend schnell und konstruktiv angenommen. Insofern haben sie sich ein weiteres Mal als verantwortliche Berufsgruppe in Gemeinden, Einrichtungen und Werken bewährt.

Dabei mussten sie die Fülle der Corona-Verordnungen der Bundesländer und die Krisenstab-Updates der Kirchen nicht nur lesen, sondern auch die darin enthaltenen Zumutungen umsetzen. Zumutungen insofern, als die Verordnungen den Pfarrdienst in seinen gewohnten Formen außer Kraft setzten – mit allen bekannten Herausforderungen für die Abläufe in Kliniken, in Kindertagesstätten oder Pflegeeinrichtungen, in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, in der Bildungsarbeit und nicht zuletzt in den Gemeinden. Die allgemeine Verunsicherung und der verständliche Wunsch, niemanden zu gefährden, veranlassten die Kirchen teils vorausseilend, teils im Nachgang von staatlichen Vorgaben, ein striktes Versammlungsverbot umzusetzen. Einige der daraus abgeleiteten Folgen führten zu Fragen und Auseinandersetzungen:

A Offene Kirchen

Nicht wenige Pfarrerinnen und Pfarrer taten sich schwer, ihre Kirchgebäude zu schließen. Kirchen sind dafür da, dass Menschen sich in ihnen versammeln. Das waren sie immer, auch in Zeiten von Pest, Kriegen und Hungersnöten. Wenn's drauf ankam, waren die Kirchen geöffnet, notfalls auch nachts. Verantwortlich dafür sind Kirchenälteste und Pfarramt.

Es ist hier nicht der Ort, über grundsätzlich offene Kirchen zu diskutieren. Aber mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie und der um sich greifenden Verunsicherung hätten offene Kirchen ein wichtiges Zeichen der Präsenz von Kirche bei den Menschen sein können. Gottesdienste wurden im Zuge der Versammlungsverbote zwar untersagt. Es wäre aber gut und seelsorglich angemessen gewesen, Kirchen nach Möglichkeit und örtlicher Gegebenheit offen zu halten. Wenn schon nicht für Gottesdienste, so doch für Menschen, die darin für eine kleine Zeit Zuflucht und Stille suchen.

B Gottesdienst

Besonders schmerzlich für Pfarrerinnen und Pfarrer war das Verbot, Gottesdienst mit Gemeinde in der Kirche zu feiern. Die Frage nach der Bedeutung des Gottesdienstes gerade in Krisenzeiten wurde diskutiert. Sie gipfelte in der Aussage: „Was soll man von einer Kirche halten, die ihre eigenen Gottesdienste entbehrlich findet?“ (Henning Theißen, zitiert aus: Deutsches Pfarrerbericht Nr. 5/2020, Seite 276) Die Feier des Gottesdienstes wurde in „Konkurrenz“ zum Einkaufserlebnis im Baumarkt betrachtet.

Dieses Missverhältnis stieß auf vorsichtige Kritik seitens der Kirchen. Und zwar zu Recht, trifft doch das Gottesdienstverbot das Herz der Religionsfreiheit und kann nicht einfach unter einem allgemeinen Versammlungsverbot subsumiert werden.

Während also in der Frühzeit der Verbote die Feier von Gottesdiensten der verständlichen Unsicherheit und dem Wunsch geopfert wurde, alles zu vermeiden, was einer Ausbreitung des Virus Vorschub leisten konnte, wäre zwischenzeitlich Gelegenheit für Gemeinden gewesen, Strategien zu entwickeln, die nicht nur eine Öffnung der Kirchen für das persönliche Gebet, sondern auch Gottesdienste ermöglicht hätten, zumal an Karfreitag und Ostern. Stattdessen entstand der Eindruck, dass der Gottesdienst mit Wort und Sakrament allen lieb sei und gerade deshalb verboten wurde.

Vielleicht hilft diese Erfahrung der Erinnerung auf, dass die Verkündigung des Evangeliums an Sonn- und Feiertagen und zu besonderen Zeiten und Anlässen des Lebens zu den vornehmsten Aufgaben der Kirche gehört. Die Kirche mag im Sinne des Gesetzgebers vielleicht nicht systemrelevant sein. Heilsrelevant ist sie allemal.

Pfarrerinnen und Pfarrer haben sich allerdings auch dieser Anfrage an das Selbstverständnis ihres Berufes und ihrer Berufung gestellt. Schon am ersten Sonntag nach dem Verbot öffentlicher Gottesdienste wurden gottesdienstliche Angebote ins Internet gestellt. Die sofort einsetzende Diskussion, ob das überhaupt Gottesdienst sei, hat die Kreativität nicht unterlaufen. Die Bandbreite reichte von Gottesdienst-Beuteln am Pfarrhauszaun zum Abholen über den E-Mail-Versand von Lesungen, Liedtexten, Predigt und Gebeten gemäß dem Proprium bis hin zu aufwendig aufgezeichneten Feiern mit Kirchenmusik. Hier und da gab es tägliche Andachten in verschiedenen Formaten, um dem Bedürfnis nach Seelsorge entgegen zu kommen. Woanders griffen Pfarrerinnen und Pfarrer zum Telefon und riefen ihre Gemeindeglieder an, um ihnen ein gutes geistliches Wort zu sagen. Und über den Gottesdienst hinaus entwickelten sich caritative Initiativen der Hilfe von Mensch zu Mensch, nicht selten unter Beteiligung von Jugendlichen, was der Konfirmandenzeit hier und da unerwarteten Schwung gab.

C Persönliches Empfinden

Neben und trotz aller Aktivität hat sich bei vielen Pfarrerinnen und Pfarrern eine gewisse Lähmung des beruflichen Elans eingeschlichen. Manche empfanden die Einschränkungen als Berufsverbot mit den damit einhergehenden Fragen an das eigene Selbstverständnis. Andere vermissen den persönlichen Kontakt zu den Menschen ihres beruflichen Umfelds und taten sich schwer damit, der Seelsorge in den Wohnungen, Häusern oder Pflegeeinrichtungen nicht mehr nachkommen zu können. Einige genossen manchen sich ergebenden zeitlichen Freiraum, andere wussten den nicht zu füllen, und wieder andere hatten solchen Freiraum nicht, weil die neuen Formate und Arbeitsweisen sie mehr als auskömmlich beschäftigten.

Und nicht vergessen werden dürfen diejenigen unter den Pfarrerinnen und Pfarrern, die gern im Rahmen dessen, was erlaubt war, ihren Dienst versahen, aber in echte Bedrängnis gerieten durch die Notwendigkeit, sich um die Betreuung ihrer Kinder zu kümmern oder den Kontakt zu ihren Eltern und Großeltern zu gewährleisten.

Allen mag es gut getan haben, dass die kreativen Aktivitäten zumal im Internet Menschen angesprochen haben, die bisher keinen oder kaum Zugang zu kirchlichen Angeboten hatten. Ob hier eine Chance für die Zukunft liegt, Mitglieder an die Kirche zu binden oder neu zu gewinnen, muss sich noch erweisen. Jedenfalls sollen sich manche Kirchenleitungen für das Engagement ihrer Pfarrerinnen und Pfarrer bedankt haben. Unter der Hand wurde damit eingestanden, dass Kirche und Mitgliederbindung an der Basis stattfinden. Überdies war die öffentliche Wirksamkeit der kirchlichen Angebote teils enorm. Daran lässt sich anknüpfen, auch wenn die missionarische Kraft der medialen Aufmerksamkeit sich am Ende als begrenzt erweisen sollte. Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit jedenfalls sollte eine der Folgerungen aus den Erfahrungen mit der Corona-Pandemie sein. Die positiven Erfahrungen mit digitalen Angeboten dürfen indes nicht gegen die pastorale Arbeit in der physischen Begegnung von Mensch zu Mensch ausgespielt werden.

Was Corona sonst noch mit Pfarrerinnen und Pfarrern gemacht hat, untersucht derzeit das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD. Wir dürfen gespannt sein auf die Veröffentlichung der Ergebnisse.

D Offene Fragen

Die Erfahrungen der Monate seit dem März dieses Jahres sind vielfältig. Sie betreffen den Dienst von Pfarrerinnen und Pfarrern in ihren verschiedenen Funktionen. Sie betreffen das Verhältnis von Kirche und Staat. Sie betreffen das Verhältnis von Kirchenleitung und Gemeinde. Daher ist es unumgänglich, über Maßnahmen und Verbote während jener Monate nachzudenken: Inwieweit waren sie angebracht, abgestimmt - nicht zuletzt mit den Pfarrvertretungen - und angemessen? Die Corona-Pandemie eröffnet die Möglichkeit, innerkirchlich, politisch und gesamtgesellschaftlich über grundsätzliche Fragen des Zusammenlebens, der Transparenz bei Entscheidungen und der vom Grundgesetz geschützten Normen wie Religionsfreiheit oder Versammlungsfreiheit zu reden und sie dadurch neu ins Bewusstsein zu rufen. Das wird unserem Gemeinwesen guttun. Voraussetzung ist allerdings die Bereitschaft zu einer offenen Debatte. Dieser Debatte wird sich vernünftigerweise niemand verweigern.

Peter Haigis fasst die offenen Fragen in seinem Editorial im Deutschen Pfarrerblatt, Nummer 5/2020 treffend zusammen:

„In diesem Sinne mögen die Beiträge dieser Ausgabe eine Auseinandersetzung darüber befördern, welche Rolle Kirche in einer Gesellschaft im Ausnahmezustand zu spielen hat: Wo und wie sie selbst betroffen ist. Aber auch wo und wie sie dem verbum externum verpflichtet bleibt – gerade in solchen Ausnahmesituationen, die nur noch von mehr oder weniger befangenen Innenperspektiven geleitet erscheinen. Es ist jetzt der Zeitpunkt, kritisch nach dem Selbstverständnis evangelischer Kirchen zu fragen (theologisch, staatskirchenrechtlich, politisch) und die Strategien zur Problembewältigung im eigenen Haus kritisch unter die Lupe zu nehmen. Es ist der Zeitpunkt, Chancen und Grenzen digitalisierter Online-Kommunikation

für Evangelium und Kirche auszuleuchten. Und es ist an der Zeit, nach den Zusammenhängen mit anderen sog. „Krisen“ (...) zu fragen und unseren westlichen Lebensstil zu hinterfragen.

III Halbzeitbilanz

2017 wurde der gegenwärtig im Amt befindliche Verbandsvorstand in Münster gewählt. Die Wahl konnte nach der ein Jahr zuvor in Travemünde beschlossenen Ordnung zügig durchgeführt werden. Damit wurde einem Anliegen der Delegierten nachgekommen, Wahlversammlungen an einem Tag durchzuführen und nicht wie früher an zwei Tagen.

Jetzt, drei Jahre später, nach der Hälfte der Amtszeit liegt es nahe, einige Themen herauszustellen, denen sich der Vorstand in besonderer Weise gewidmet hat.

2017 war ein Jahr des Übergangs. Die **Kasse** in Karlsruhe wurde aufgelöst und am neuen Standort Frankfurt am Main neu eröffnet. Grund dafür war die Wahl von Werner Böck als neuer Schatzmeister. Seinem Engagement und der Bereitschaft des Pfarrvereins in Hessen und Nassau, die Kasse in den Räumen der Geschäftsstelle des Vereins aufzunehmen, ist es zu verdanken, dass der Umzug möglich wurde. Die Übertragung aller Daten nahm einige Zeit in Anspruch, da in Frankfurt mit einem anderen EDV-System gearbeitet wird. In der Übergangszeit und bei vielen Detailfragen stand der Geschäftsführer der Kasse in Karlsruhe, Herr Christian Schönfeldt, dem Vorstand zu Seite. Auch ihm sei an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich gedankt. Inzwischen haben wir eine gut organisierte und personell kompetente Kasse für alle finanziellen Belange des Verbandes.

Im Zuge des Umzugs wurde die Bearbeitung der **Studienhilfe** aus der Kasse ausgegliedert und in der Geschäftsstelle in Kassel angesiedelt. Auch diese Veränderung brauchte viel Zeit, da die Verwaltung von einer Handkartei in ein EDV-gestütztes System überführt wurde. Außerdem mussten Schnittstellen zwischen Verwaltung und Buchhaltung hergestellt werden. Dieses System wurde eigens für die Bearbeitung der Studienhilfe entwickelt. Fehler und Unzulänglichkeiten bei den Anwendungen mussten im Laufe der Zeit erkannt und verbessert werden, und forderten die Geduld aller Beteiligten. Inzwischen läuft aber die Bearbeitung der Studienhilfe in Zusammenarbeit mit der Kasse reibungslos und effektiv.

2018 stand im Zeichen der **Erhebung zu den publizistischen Produkten des Verbands**. Der Vorstand wollte wissen, wie es um die Akzeptanz des Deutschen Pfarrerblatts, der Homepage www.pfarrerverband.de und den Pfarramtskalender steht. 3000 Fragebögen wurden verschickt, und der Rücklauf von über 800 Bögen gewährleistete ein repräsentatives Ergebnis. Nach Auswertung der Antwortbögen stand fest, dass im Großen und Ganzen die publizistischen Produkte anerkannt, gern genutzt und fest mit dem Verband verbunden werden. Anfragen gab es vor allem hinsichtlich der Lesefreundlichkeit des Deutschen Pfarrerblattes und der Nutzbarkeit der Homepage auf mobilen elektronischen Endgeräten.

2019 wurden Vorschläge für die als notwendig erkannten Veränderungen entwickelt und der Mitgliederversammlung vorgestellt. Mit Ausgabe 1 vom Januar 2020 und der Freischaltung der neuen Homepage zeigen sich die Produkte frisch und nutzerfreundlich. In neuem Kleid, aber aufgrund der hohen Akzeptanz ansonsten fast unverändert, ist zudem inzwischen der

Pfarramtskalender 2021 erschienen. In einem kräftigen Blau gehalten gibt er die Jahresfarbe des Deutschen Pfarrerblattes 2021 vor.

Mit den Veränderungen beim Pfarrerblatt, auf der Homepage und beim Pfarramtskalender hat der Vorstand die Ergebnisse der Erhebung zu den publizistischen Produkten des Verbandes umgesetzt. Dabei mussten viele Detailfragen geklärt und die Finanzierung gesichert werden. Deshalb dankt der Vorstand besonders den Sachbearbeitern für die Öffentlichkeitsarbeit, fürs Pfarrerblatt und für den Pfarramtskalender, Christian Fischer, Peter Haigis und Jörg Neijenhuis. Zu danken ist außerdem unserem Schatzmeister Werner Böck, der stets ein sorgsames Auge auf die Kosten hat, sowie den Verlagshäusern Speyer, Dierichs und Schmidt für die Zuarbeit, für hilfreiche Beratung und unermüdliche Geduld.

Mit dem ab 2021 gültigen neuen Namen des Deutschen Pfarrerblattes ist die Umsetzung der Ergebnisse der Erhebung abgeschlossen. Das bedeutet aber nicht, dass die publizistischen Produkte nicht weiterentwickelt werden müssten. Ausrichtung, Sinn und Ziel der Produkte werden weiter beobachtet und notwendige Veränderungen diskutiert und gegebenenfalls umgesetzt. Das neue Erscheinungsbild und die technischen Voraussetzungen geben aber den Rahmen, in dem der Verband seine publizistischen Ziele weiter verfolgt.

Im Zuge der Erhebung wurde auch nach der Einschätzung des **Deutschen Pfarrerinnen- und Pfarrertages** gefragt. Hintergrund waren Überlegungen im Vorstand, ob das Format aktuell und zeitgemäß ist. Anders als bei den publizistischen Produkten fiel das Ergebnis weniger positiv aus. Vielfach war die Spalte „Kenne ich nicht“ angekreuzt. Daraus kann gefolgert werden, dass der mit stets etwa 400 Teilnehmenden gut besuchte Deutsche Pfarrerinnen- und Pfarrertag vorwiegend eine Veranstaltung von Personen ist, die ihrem Pfarrverein hoch verbunden sind, während zumal jüngere Pfarrerinnen und Pfarrer ohne große Verbundenheit sich eher nicht angesprochen fühlen.

Der Vorstand hat daraus die Konsequenz gezogen, bei den Überlegungen zur Vorbereitung des Deutschen Pfarrerinnen- und Pfarrertages zunächst nach einer prominenten Person für das Referat zu schauen, die in aktuellen Fragen von Theologie, Kirche und Gesellschaft etwas zu sagen hat, und mit ihr das Thema der Tagung zu entwickeln. Das hat mit Dr. Heribert Prantl in Augsburg sehr gut geklappt.

Gleichwohl hat der Vorstand zur Kenntnis genommen, dass aktive Pfarrerinnen und Pfarrer immer weniger Möglichkeiten haben, für ein paar Tage den Dienort zu verlassen. Insofern wird überlegt, ob regionale Veranstaltungen des Verbandes in Zusammenarbeit mit den Vereinen eine Variante sein könnten, die den Bedürfnissen nach Entfernung und Zeit entgegenkämen. Daneben soll aber der Deutsche Pfarrerinnen- und Pfarrertag als Versammlung der Engagierten aus den Vereinen und Vertretungen bei gleichbleibender Öffnung für weitere Interessierte unter einem aktuellen Thema und mit einem Programm, das Kommunikation und Zusammenhalt fördert, beibehalten werden. Hier ist noch vieles offen und bedarf weiterer Überlegungen.

Bereits seit 2012 beschäftigt das Thema **Pfarramt und Gesundheit** den Verband und damit den Vorstand. In Zusammenarbeit mit Andreas Rohnke, Kassel, dem Initiator und Förderer des Themas, der Akademie der Versicherer im Raum der Kirchen (VRK), der Evangelischen

Fachstelle für Arbeits- und Gesundheitsschutz (EFAS) sowie dem Institut für Aus-, Fort- und Weiterbildung der westfälischen Kirche in Villigst konnten seit 2017 jährlich stattfindende Fachtage zur Gesundheit im Pfarramt etabliert werden. Ursprünglich für Personalverantwortliche in den Kirchenleitungen gedacht, haben sich die Fachtage zu einem Informations- und Diskussionsforum für Kirchenleitungen, Pfarrvertretungen und Fachleute für Personalförderung entwickelt. Im Zentrum der Fachtage stehen arbeitsmedizinische, rechtliche und theologische Fragestellungen. Sie sind hilfreich, gesetzlich geregelte und für die Gesunderhaltung von Pfarrerinnen und Pfarrern gebotene Maßnahmen in den Kirchen einzufordern und umzusetzen; ein Feld, auf dem noch vieles zu beackern ist. Hilfreich in den Fragestellungen ist der Blick über den Tellerrand. Betriebe unterliegen beim Arbeits- und Gesundheitsschutz gesetzlichen Bestimmungen und gestalten sie kreativ und gegebenenfalls in enger Abstimmung mit Betriebsräten aus. Das dient nicht nur dem Personal, sondern kommt dem gesamten Betrieb zugute. Die Kirchen können davon lernen, und der Verband fordert sie ausdrücklich dazu auf, entsprechende Regelungen zu etablieren. Arbeits- und Gesundheitsschutz sind Leitungsaufgabe. Nicht zuletzt der Umgang mit dieser Aufgabe entscheidet über die Attraktivität der Kirchen als Dienstgeber. Die Fachtage zur Gesundheit im Pfarramt werden den Vorstand jedenfalls weiterhin beschäftigen - zum Wohle von Pfarrerinnen und Pfarrern.

Im Zusammenhang mit dem Schutz der Gesundheit wurde im Vorstand die Frage diskutiert, wie mit der Tatsache umzugehen sei, dass viele der Pfarrerinnen und Pfarrer hinsichtlich der Corona-Pandemie zur Risikogruppe gehören. Während die Bundesländer frühzeitig Regelungen für Lehrerinnen und Lehrer geschaffen haben, gab es in den Kirchen lange nur wenige oder keine Hinweise zum Schutz Betroffener. Der Verband hätte in dieser Sache proaktiv werden müssen, hat das aber versäumt. Dieses Defizit ist eine Frage an die Rolle des Verbandes innerhalb der EKD. Reagiert der Verband lediglich auf Themen, die sich seitens der EKD oder einzelner Gliedkirchen stellen, oder ergreift er Initiativen für zum Beispiel gesundheitliche Belange von Pfarrerinnen und Pfarrern? Hinsichtlich der Risikogruppe wäre ein Papier denkbar gewesen, das auf das Thema aufmerksam gemacht, die Regelungen für Lehrerinnen und Lehrer skizziert und auf einschlägige Veröffentlichungen hingewiesen hätte.

Ein weiterer Punkt hat innerhalb des Vorstands Kritik hervorgerufen, nämlich die Frage nach der Form der Sitzungen seit dem Frühjahr. Die Vorstandssitzung im März musste abgesagt werden, aber Vorschläge zu Video-Konferenzen als brauchbarer Ersatz verliefen im Sande. Während überall mehr und mehr digital kommuniziert wurde, erwies sich der Verband als „digital unterbelichtet“. Für die Zukunft muss an dieser Stelle nachgebessert werden. Vor allem bedarf es paralleler Vorbereitung von Sitzungen und Versammlungen, um notfalls kurzfristig von analogen Treffen auf Video-Konferenzen umschalten zu können.

Im Nachgang der Feier des 125. Jubiläums des Verbandes 2017 in Münster wurde der Wunsch nach einer historisch-wissenschaftlichen **Aufarbeitung der Verbandsgeschichte** laut. Damals hatte Dr. habil. Katharina Kunter den Festvortrag gehalten und den Fokus vor allem auf die Motivation zur Gründung des Verbandes gelegt. Der Vorstand hat sich den Wunsch nach einer vertieften Beschäftigung mit der Verbandsgeschichte, nicht zuletzt der Jahre zwischen 1933 und 1945, zu Eigen gemacht und 2019 gemeinsam mit Frau Dr. Kunter ein Konzept entwickelt, in welcher Form und in welchem zeitlichen Rahmen die Arbeit durchgeführt werden kann. Das

Konzept sieht ein etwa 300 Seiten umfassendes Buch vor, das die Verbandsgeschichte von den Umbrüchen durch gesellschaftliche und politische Veränderungen her beobachtet und durch den Abdruck von Archivmaterial und Bildern lesefreundlich gestaltet ist. Die Vorstellung des Buches war für die Mitgliederversammlung 2023 vorgesehen.

Bereits in diesem Sommer sollten das Ergebnis der Recherche in Archiven und Bibliotheken sowie eine Expertise vorliegen, mit der der Vorstand Anträge bei möglichen Sponsoren hätte stellen können. Corona machte allerdings einen Strich durch die Rechnung. Deshalb ist mit der Expertise erst im Herbst zu rechnen. Schon heute kann allerdings gesagt werden, dass das seit 1945 als verschollen geltende Archiv des Verbandes von Frau Dr. Kunter inzwischen gut rekonstruiert worden ist.

Ein Projekt dieser Größenordnung verursacht erhebliche Kosten. Deshalb hat der Vorstand zunächst die Recherche in Archiven und Bibliotheken und die Expertise beschlossen. Das weitere Vorgehen wird mit den Vereinen und Schatzmeistern abgestimmt und ist zudem davon abhängig, ob es gelingt, Sponsoren zu gewinnen. Insofern ist zum jetzigen Zeitpunkt offen, ob es am Ende zu dem geplanten Buch kommt. Hingegen steht außer Frage, dass die Aufarbeitung der Verbandsgeschichte nicht nur wünschenswert, sondern überfällig ist.

Einen anderen, auf Mitgliederversammlungen und in Verbandsgremien häufig vorgebrachten Wunsch, hat der Vorstand in den letzten Jahren verfolgt, nämlich die **Präsenz des Verbandes auf den Synoden der EKD**. Letztlich mit Erfolg, denn der Verband wird inzwischen zu den Synodaltagungen eingeladen und hat vor Ort die Möglichkeit zu Kontaktpflege und Netzwerkarbeit. Dabei spielen nicht zuletzt Gesetzentwürfe zur Änderung des Dienstrechts eine Rolle. Zwar hat der Verband jeweils nur im Vorfeld der Synode die Gelegenheit, eine Stellungnahme abzugeben, aber auf den Tagungen besteht immerhin die Möglichkeit, Synodalen die Haltung des Verbandes darzulegen. Das vom Vorstand angepeilte Ziel, mindestens im Rechtsausschuss mit einer Person als Gast Rederecht zu erhalten, wird weiter verfolgt.

Neben der Beschäftigung mit den genannten Punkten hat sich im Vorstand eine **Diskussion um die Ausrichtung der Verbandsarbeit** entsponnen. Hintergrund ist die Entwicklung der Aufgaben des Verbandes in einerseits berufsständischer und andererseits dienstrechtlicher Hinsicht. Mit dem Pfarrdienstgesetz der EKD wurde dem Verband ein Recht auf Stellungnahme zu Veränderungen im Pfarrdienstrecht gegeben. Etabliert hat sich seitdem folgendes Verfahren: Der Vorstand informiert die Pfarrvereine und Pfarrvertretungen über Gesetzesvorhaben der EKD, die alle Pfarrfrauen und Pfarrer betreffen, und versorgt sie mit den nötigen Unterlagen. Im Rahmen der Dienstrechtlichen Kommission der EKD werden die Entwürfe zu den Gesetzesvorhaben erörtert und gegebenenfalls verändert. Die Konferenz der Pfarrvertretungen diskutiert die Entwürfe und bespricht den Inhalt der Stellungnahme des Verbandes. Die Stellungnahme wird im Umlaufverfahren abgestimmt und vom Vorstand an die EKD geschickt.

Einigen Pfarrvertretungen gehen die Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen der bestehenden Verbandsgremien nicht weit genug. Sie befürworten eine Konferenz, zu der die Pfarrvereine, soweit sie nicht gleichzeitig Pfarrvertretung sind, nicht eingeladen werden. Damit ist die Frage gestellt, ob die gegenwärtige Verbandsstruktur zeitgemäß und ihre Arbeitsweise effektiv ist.

Außerdem steht mit der Forderung nach veränderten Strukturen die Kompetenz der Pfarrvereine in Frage, in dienstrechtlichen Angelegenheiten zuständig und auskunftsfähig zu sein. Die Idee, in der Konferenz Vereine und Vertretungen zusammenzuführen, entsprang dem Wunsch gemeinsamer Verantwortung für die Belange der Pfarrerinnen und Pfarrer in Deutschland in dienstrechtlichen Fragen. Dieser Gedanke wird zunehmend infrage gestellt, auch innerhalb des Vorstands.

IV Wieviel Universitätstheologie braucht der Pfarrdienst?

Anlässlich ihrer Tagung im Januar 2020 hat sich die Fuldaer Runde mit der Frage beschäftigt, welche akademischen Voraussetzungen Pfarrerinnen und Pfarrer benötigen, um ihren Dienst im Sinne des Auftrags der Kirche Jesu Christi zur Kommunikation des Evangeliums ausfüllen zu können. Im Hintergrund standen Veranstaltungen der Akademie der VRK und des Evangelisch-theologischen Fakultätentages zur Zukunft des Pfarrberufs im Jahr 2019 sowie die Ermöglichung eines Quereinstiegs in den Pfarrberuf nach dem Marburger Modell und dessen Varianten an anderen evangelischen Fakultäten.

In der Fuldaer Runde wurde herausgestellt, dass die Voraussetzungen für den Pfarrberuf und der Beruf selbst eigentlich einen Bildungsweg des Pfarrers/der Pfarrerin darstellen. Während die akademische Ausbildung im Studium vor allem der Aneignung theologischer Kompetenz und weniger der Beschäftigung mit den Funktionen im Pfarramt und der Entwicklung der persönlichen Spiritualität dient, tritt im Vikariat die „Performanz“, also die Einübung in die beruflichen Funktionen in den Vordergrund. Im Rahmen lebenslangen Lernens gewinnt dann das „innere Setting“, also die persönliche Spiritualität an Bedeutung, die gleichwohl von der Beschäftigung mit theologischen Fragestellungen sowie der Beobachtung der eigenen Einstellung zur Ausübung des Berufes begleitet werden.

Die drei Phasen sind zu unterscheiden, gehören aber zur Bildung einer theologischen Persönlichkeit im Pfarrberuf untrennbar zusammen. Deshalb hält der Verband an einem akademischen Studium an einer staatlichen Universität zur Vorbereitung auf den Pfarrberuf fest. Er fordert die Kirchen ausdrücklich auf, sich allen Tendenzen zu einer Aufweichung der Voraussetzungen entgegenzustellen. Modelle zum Quereinstieg sollen nicht aufgegeben werden. Das wissenschaftliche Studium muss aber der normale und selbstverständliche Zugang zum Pfarrberuf bleiben. Die Relevanz der Theologie für eine Gesellschaft wird nicht gesteigert, indem die Kirche auf eine fundierte akademische Ausbildung bei ihren Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern verzichtet. Gerade die intensive Auseinandersetzung mit der Theologie schafft die Voraussetzungen für einen bewusst gelebten und lebenslang sich entwickelnden Pfarrdienst sowie für eine persönlich-authentische Spiritualität, die die Person prägt und trägt. Daraus erhellt, dass es nicht um stromlinienförmige Menschen im Pfarrdienst gehen kann, die hier und da je nach Bedarf eingesetzt werden können, sondern um Persönlichkeiten in einem theologischen Beruf, der freies Denken und theologisch verantwortliches Handeln braucht, um in den vielfältigen Formen der Kommunikation des Evangeliums wirksam zu sein.

V Elf Leitsätze der EKD zur Zukunft der Kirche in Deutschland

Sie hat es wieder getan! Trotz der nachhaltigen Kritik am Papier „Kirche der Freiheit“ insbesondere hinsichtlich der Bedeutung und Selbständigkeit der Ortsgemeinden, des Pfarramtes und der gesteckten Ziele unter der Überschrift „Wachsen gegen den Trend“ hat die EKD mit den Leitsätzen zur Zukunft der Kirche ein neues Papier zur Diskussion gestellt.

Als hätte es im Nachgang von „Kirche der Freiheit“ keine sachlich, theologisch, historisch oder psychologisch fundierten Einwände aus Kirche, Wissenschaft und Verbänden gegeben, wird der Faden seitens der EKD wieder aufgenommen und in schlechtester Manier top-down verfügt, wie Kirche und nicht zuletzt die Basis sich zu entwickeln hat. Wie bereits im letzten Vorstandsbericht, sei deshalb auch heute an das 2017 von der Dienstrechtlichen Kommission der EKD angeregte Papier erinnert. Das Papier weist in Richtung gemeinsamer Verantwortung von Dienstgebern und Dienstnehmern, wie sie der Verband seit langem fordert. Der Titel lautet: *Anregung der Dienstrechtlichen Kommission zur theologischen Reflexion, Deutung und Vermittlung von Veränderungsprozessen*. Darin heißt es:

Die Kommission will mit dem Papier zum Gelingen kirchlicher Veränderungsprozesse beitragen. Strukturveränderungen müssen nach ihrer Überzeugung nicht nur sachgerecht sein, sondern bedürfen einer theologischen Richtungsbestimmung. Sie müssen theologisch verantwortet, gedeutet und vermittelt werden. Die Kommission betont deshalb die Notwendigkeit theologischer Reflexion in allen Stadien und auf allen Ebenen von Veränderungsprozessen. Dabei ist die Theologische Kompetenz der Pfarrfrauen und Pfarrer unverzichtbar.

Der Rat der EKD hat die Anregung der Dienstrechtlichen Kommission angenommen und den Gliedkirchen zur Beachtung empfohlen. Dabei muss wohl das letzte Exemplar versehentlich aus dem Kirchenamt an eine Gliedkirche verschickt worden und der Inhalt in Vergessenheit geraten zu sein. Denn bei der Entwicklung der Leitsätze war die verfasste Pfarrerschaft nicht beteiligt. Eine theologische Reflexion hat nicht stattgefunden. Ebenso wenig eine Deutung hinsichtlich der Ziele und der möglichen Auswirkungen in Kirche und Gesellschaft. Daher wird sich niemand wundern, dass von Pfarrfrauen und Pfarrern kaum große Bereitschaft erwartet werden darf, die Leitsätze irgendjemandem als notwendig, zielführend oder zukunftstauglich zu vermitteln. Insofern hat die EKD einen alten Fehler wiederholt, indem sie diejenigen, die Veränderungen an der Basis umsetzen müssen, von den Überlegungen zu den vermeintlich notwendigen Veränderungen ausgeschlossen hat. Das Papier wurde im Sommer veröffentlicht und soll bereits im November von der Synode beschlossen werden. Dass angesichts der Semesterferien, der Urlaubszeit und der Zumutungen der Corona-Pandemie wenig Zeit zur Verfügung steht, einen öffentlichen Diskurs an den evangelisch-theologischen Fakultäten sowie in den Kirchen, in Pfarrkonventen und Pfarrvereinen zu führen, mag vielleicht kein Kalkül sein. Dieser Diskurs muss aber im Vorfeld synodaler Entscheidungen geführt werden. Auf der Synode wird es keinen öffentlichen Diskurs geben, zumal die Tagung Corona-bedingt stark verkürzt und ohne Gäste stattfinden soll.

Umso erfreulicher, dass in Verlautbarungen von Pfarrvereinen und im Deutschen Pfarrerbericht die Leitsätze bereits deutlich kritisch untersucht worden sind. Kritische Stimmen gibt es zudem aus der wissenschaftlichen Theologie. Die Argumente müssen hier nicht wiederholt werden. Sie decken sich mit dem, was der Verband seit Jahren fast gebetsmühlenartig fordert und in

Erinnerung ruft. Die Kritik entzündet sich vor allem an folgenden Punkten, die hier kurz skizziert und kommentiert werden sollen:

Den Leitsätzen mangelt es an **Theologie**. Statt einen adventlichen Blickwinkel einzunehmen, wird suggeriert, die Kirche könne sich selbst zukunftsfähig machen. Darüber wird einmal mehr vergessen, dass die Zukunft der Kirche allein bei Gott liegt. Die Kirche ist Sachwalterin des Evangeliums. Sie wirkt mit am Reich Gottes. Aber ihr Wirken und ihre Wirksamkeit hängen vom Willen Gottes ab. Die Leitsätze rechnen jedoch nicht mit dem Handeln Gottes in seiner und für seine Kirche. Sie erwarten die Zukunft der Kirche von ihrer eigenen Dynamik und nicht von der Dynamik des Geistes Gottes.

Die Leitsätze reiten eine erneute Attacke gegen die Ortsgemeinde. Damit offenbaren sie ein enggeführtes **Kirchenbild**. Ausdrücklich weisen sie den Weg weg von flächendeckendem kirchlichem Handeln. Wovon Theologie, Soziologie und Psychologie und in ihrer Folge Pfarrvereine und Verband seit langem warnen, wird gegen alle Vernunft wiederholt: Der Rückzug aus der Fläche und eine Zentralisierung der Kirche in wenigen urbanen kirchlichen Orten. Dabei wird völlig unterschlagen, dass es ein flächendeckendes Handeln in Reinform nicht gibt. Die kirchlichen Verhältnisse unterscheiden sich je nach Gliedkirche und noch einmal innerhalb der Kirchen enorm. Gewachsene Regionen und benachbarte Ortsgemeinden arbeiten seit langem zusammen. Sie organisieren gottesdienstliches Leben, Vertretung, Kirchenmusik, Öffentlichkeitsarbeit, Bildung und sozial-diakonisches Engagement gemeinsam. Kooperation spielte längst eine Rolle, bevor sie als kirchenleitende Handlungsanweisung verfügt und dadurch in ihrer Dynamik gebremst wurde.

Zeilen 470f. der Leitsätze betonen stattdessen: *„Es gilt, Beharrungskräfte einzuhegen. Parochiale Strukturen werden sich verändern“*. Es wird kein Zufall sein, dass diese beiden Sätze unmittelbar nebeneinander stehen. Die in den Leitsätzen wiederholte Marginalisierung der Ortsgemeinde entspringt jedoch einem völlig falschen Eindruck, und es wäre interessant zu erfahren, woher die Autorinnen und Autoren diesen Eindruck stets neu gewinnen.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Es gibt Gemeinden, die sich jeglicher Form der Zusammenarbeit sperren. Und es gibt Pfarrerinnen und Pfarrer, die sich verweigern. Aber das sind die Ausnahmen und können nicht als Begründung für den Vorwurf herhalten, Ortsgemeinden und ihre Pfarrerinnen und Pfarrer seien per se nicht bereit, über den eigenen Tellerrand zu blicken. Das Gegenteil ist der Fall, und es ist an der Zeit, die von den Ortsgemeinden ausgehende Dynamik kirchlichen Lebens anzuerkennen. Die Größe einer Gemeinde ist dabei nicht ausschlaggebend, sondern die Menschen, die in ihr glauben und leben und in ihrem Glaubensleben erkennbar sind.

Nicht jede Gemeinde wird eine eigene Pfarrerin oder einen eigenen Pfarrer haben. Das ist selten so gewesen. Allein diese Tatsache zeigt, wie sehr Gemeinden aufeinander angewiesen sind. Ausdünnen, Einstampfen, Fusionieren oder Wegrationalisieren dämpft aber das Engagement und damit die von den Leitsätzen so gepriesene Dynamik. Zwar ist einerseits von „freiwilligem Zusammengehen in größere Einheiten“ und „selbstgesteuerter Kooperation“ die Rede (Leitsätze, Zeilen 438f.). Dagegen werden aber an anderer Stelle „verschärfte“ (422) „Ansprüche an das gesamtkirchliche Leitungs- und steuerungshandeln“ beschworen (424f.). Die Methode konterkariert das angestrebte Ziel. Ein Kirchenbild, das top down, also von oben herab, verfügt wird, kann nur ein Zerrbild sein. Darin wird sich kaum jemand wiederfinden können.

Das gilt auch für die **Sprache**, in der die Leitsätze überwiegend gehalten sind. Wenn ein Papier tatsächlich vor seiner Behandlung auf der Synode öffentlich diskutiert werden soll, muss es sich einer Sprache bedienen, die klar verständlich die Anliegen beschreibt. Die Leitsätze hingegen sind teils schwammig verklausuliert, sie formulieren in kirchlich-technokratischem Deutsch und enthalten Wortschöpfungen, die mehr Fragen heraufbeschwören als Antworten geben. Darüber hinaus beginnen die Leitsätze in Befehlsform: „Zukünftig wird!“ Dieses und jenes hat also so und so zu sein und in der Kirche zu geschehen. Das ist keine Sprache, die zum Diskurs einlädt, sondern von vornherein alles, was im Widerspruch zu den Leitsätzen steht, als unangemessen und aus der Zeit gefallen entwertet. Sollte das Ziel der martialischen Sprache sein, das Anliegen der Leitsätze zu verdeutlichen und damit die Zukunft der Kirche unmissverständlich anzusagen, so unterminiert dieses Ziel von vornherein jede andere Meinung. Dabei sollte den Autorinnen und Autoren der Leitsätze bewusst sein, dass die Motivation für konstruktiven Widerspruch einer kritischen Solidarität entspringt. Wem die Kirche egal ist, wird sich am Diskurs nicht beteiligen. Wenn aber diejenigen, die ihre Kirche lieben, von vornherein abgekanzelt werden, muss bezweifelt werden, dass ein ehrlicher und offener Diskurs überhaupt erwünscht ist.

Die Veröffentlichung der elf Leitsätze geschieht in einer Zeit, in der in vielen Kirchen die Diskussion um die Prioritäten kirchlicher Arbeit die Synoden beschäftigt. Damit ist die Frage gestellt, was Kirche ausmacht, worauf sie nicht verzichten kann, wovon sie sich trennen will. Dahinter steht die Frage nach den **Ressourcen** an Geld und Personal. Die Corona-Pandemie hat den Blick auf die Ressourcen noch einmal verstärkt. Trotz mancher bereits beschlossener Sparrunde könnte es sein, dass die Mindereinnahmen aus der Kirchensteuer 2020 zu vermehrten Einsparungen ab 2021 führen. Einige Kirchen haben Haushaltssperren oder Wiederbesetzungssperren verfügt, um für den Notfall vorbereitet zu sein. Wie das Aufkommen sich 2021 entwickeln wird, ist derzeit völlig offen.

Wenn die Leitsätze an einigen Stellen sagen, was zukünftig an kirchlicher Arbeit gefördert werden soll, geht es im Hintergrund um die Ressourcen, mit denen gerechnet werden kann. Die Vorgaben aus der Freiburger Studie mit ihrer Projektion bis zum Jahr 2060 bilden den Rahmen.

Die Freiburger Studie hatte darauf hingewiesen, dass sich die Kirchen vorrangig der Bindung ihrer Mitglieder widmen sollten, insbesondere der jungen Leute zwischen 25 und 35 Jahren. Dem versuchen die Leitsätze mit besonderen Beteiligungsformen und reduzierten Kirchensteueransätzen für junge Leute Rechnung zu tragen. Dabei wird allerdings anscheinend davon ausgegangen, dass junge Leute ausschließlich in Städten wohnen. Anders ist der Hang zur Zentralisierung kirchlichen Lebens nicht zu erklären. Aber selbst wenn es so wäre, und wenn sich der Trend zum Wohnen in der Stadt besonders bei jungen Familien nicht allmählich umkehren würde, so unterschlagen die Leitsätze die Tatsache, dass das Gros der Kirchensteuerzahlenden auf dem Lande lebt. Mit einer weitergehenden Marginalisierung der kirchlichen Arbeit in der Fläche und der Ortsgemeinden begibt sich die Kirche eines Großteils ihrer Einnahmen. Ohne diese Einnahmen lassen sich aber die Vorstellungen der Leitsätze von einer dynamisch agierenden Kirche in „vielgestaltigem Miteinander und wechselseitiger Ergänzung“ (264f.) sowie „schnellem, flexiblem, NGO-ähnlichem Vorgehen“ (466f.) nicht bezahlen.

Mit anderen Worten: Die schweigende Mehrheit der Kirchenmitglieder zahlt den Betrieb einer Kirche, von der sie nichts hat und die sie nicht will. Mit den „zukünftig zu fördernden“

kirchlichen Angeboten werden den Mitgliedern Ortsnähe und die sichtbare Präsenz von Pfarrerinnen und Pfarrern entzogen. Dadurch wird die Kirche geschwächt und in ihrer Aufgabe, das Evangelium in Wort und Tat unter die Leute zu bringen, behindert. Die Unverwechselbarkeit der Kirche besteht aber darin, dass sie von Heil und Heilung erzählt und damit auf die Krisen menschlichen Lebens antwortet. Kirche „nah bei den Menschen“ geht nur durch menschliche Nähe da, wo Menschen leben.

Besonders sprechend ist das Schweigen der Leitsätze zum **Pfarrdienst**. Leitsatz 8 widmet sich dem Thema Mitarbeitende, ohne jedoch einzelne Berufsgruppen zu benennen. Das ist insofern bemerkenswert, als Pfarrerinnen und Pfarrer üblicherweise nicht zu den Mitarbeitenden gezählt werden. Sonst müsste für sie ja das Mitarbeitervertretungsgesetz Anwendung finden, was die Kirchen regelmäßig ablehnen. Sollten Pfarrerinnen und Pfarrer in Leitsatz 8 allerdings mit im Blick sein, sollten die Pfarrvertretungen dringend Kontakt mit den Mitarbeitervertretungen aufnehmen. In den Zeilen 369ff. heißt es nämlich: „Neue Modelle sind nötig, die die starre Grenze zwischen bezahltem und unbezahltem, voll- und teilzeitlichem Dienst zugunsten niederschwelliger und flexibler Entlohnungsmöglichkeiten öffnen.“ Hier wird ein Fass aufgemacht, dessen Inhalt die Kirchen als verlässliche Dienstgeber diskreditiert. Ginge es bei den elf Leitsätzen um ein Diskussionspapier, das einen freien Blick in die Zukunft wagt, wie sie den Autorinnen und Autoren persönlich vorschwebt, wäre der zitierte Satz schon schlimm genug. Da die Leitsätze demnächst aber von der EKD-Synode beschlossen werden sollen, muss sich der geballte Widerspruch aller Mitarbeitenden erheben. Denn der Arbeiter ist seines Lohnes wert. Und es wird von ihm zu Recht mehr als niederschwellige Arbeit am Reich Gottes erwartet. Angesichts des zitierten Satzes klingt der folgende geradezu wie eine Drohung: „Kirchliches Handeln wird effektiver, wenn es gelingt, das Vertrauen in stellvertretende Entscheidungsfindung zu stärken.“ Solches Vertrauen muss verdient werden. Die Leitsätze enthalten Potential, vorhandenes Vertrauen zu verspielen.

VII Danksagungen

Besonders seit März dieses Jahres wurde die Geduld aller an der Arbeit des Verbandes Beteiligten auf eine besondere Probe gestellt. Deshalb möchte ich allen sehr herzlich danken, die sich nicht haben beirren lassen, sondern auch unter erschwerten Bedingungen die Arbeit mitgetragen und den Verband unterstützt haben.

Dieser Dank gilt nicht zuletzt den Vorsitzenden der Pfarrvereine und den Vorsitzenden der Pfarrvertretungen. Viele Fragen rund um die Themen, die uns in diesen Tagen beschäftigen, aber auch die Stellungnahme zu einem umfangreichen Dienstrechtsänderungsgesetz der EKD mussten angeregt und besprochen werden. Abstimmungsverfahren waren oft mühsam und bedurften besonderer Sorgfalt.

Das gilt vor allem auch für den Vorstand, der sich nicht zuletzt der schwierigen Entscheidung zu stellen hatte, den Deutschen Pfarrerinnen- und Pfarrertag hier in Leipzig abzusagen und die daraus resultierenden Fragen zu erörtern und in Beschlüsse zu fassen sowie deren Folgen zu verantworten. Dafür und für jeden weiteren Einsatz für den Verband im Berichtsjahr sei dem Vorstand und den Sachbearbeitern ausdrücklich gedankt.

Ein besonderer Dank gebührt unseren Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle in Kassel, Frau Berwald und Frau Kördel und, seit August, Frau Kühneweg als Elternzeitvertretung. Dass die laufende Arbeit in der Verwaltung des Verbandes und der Studienhilfe auch unter erschwerten Bedingungen einwandfrei lief, ist dem sorgfältigen Einsatz der Mitarbeiterinnen zu verdanken.

Das gilt gleichermaßen für die Mitarbeiterinnen in der Kasse des Verbandes in Frankfurt, Frau Gründer, und deren Nachfolgerin, Frau Felgentreu, sowie Frau Gaßmann, die vorübergehend unseren Schatzmeister, Werner Böck, bei der Bearbeitung der Studienhilfe unterstützt hat.

Unser aller Dank und Anerkennung gebührt dem Sächsischen Pfarrverein und seinem Vorstand unter dem Vorsitz von Matthias Große. Der Verein hat nicht nur den Deutschen Pfarrerinnen- und Pfarrertag intensiv mitgeplant, sondern auch die Entscheidung zu dessen Absage mitgetragen. Und er ist bereit, gemeinsam mit dem Vorstand Leipzig 2022 vorzubereiten.

Schließlich möchte in unser aller Namen den Mitarbeitenden des Pentahotels danken. In dieser für die Gastronomie sehr schwierigen Zeit waren wir nicht nur willkommen, sondern durften uns mit allen Fragen rund um die Sicherheit und das Wohlbefinden in diesen Tagen an die Mitarbeitenden wenden. Vielen Dank an das gesamte Team.

Bevor wir uns, so Gott will, 2022 hier wieder sehen, dürfen wir uns auf Bad Salzuflen freuen. Der dortige Verein unter dem Vorsitz von Richard Krause hat zur Mitgliederversammlung 2021 nach Lippe eingeladen. Herzlichen Dank dafür.

Andreas Kahnt

Kassel, 21. September 2020

Freigabe am 29.09.2020, 12:00 Uhr.

Es gilt das gesprochene Wort!